

Frühkindliche Bildung – bessere Chancen für alle Kinder

Kinder haben ein Recht auf Bildung von Anfang an. Frühkindliche Bildung verbessert ihre Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Bildung kann Benachteiligungen von Kindern und Familienarmut entgegenwirken. Studien belegen: Vom frühen Besuch einer guten Kindertageseinrichtung profitieren alle Kinder.

Eltern haben ein Recht auf Betreuungsangebote für ihre Kleinsten, damit sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Dies gilt ganz besonders für Alleinerziehende. Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern zeigen seit Langem, dass Betreuungsangebote eine wichtige Voraussetzung sind, um Familie und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Daher hat sich die SPD in ihrer Regierungszeit seit 1998 für den bedarfsdeckenden Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote eingesetzt.

Kinder brauchen andere Kinder. Wir wollen Kindertagesstätten zu selbstverständlichen Orten für Kinder machen. Oft wachsen Kinder heute ohne Geschwister oder Kinder in der Nachbarschaft auf. Und das Spielen „auf der Straße“ ist nicht mehr möglich. Deshalb gewinnen KiTas für Kinder an Bedeutung.

KiTas sind auch wichtig für ein gesundes Aufwachsen: Bewegung und gesunde Ernährung gehören von Anfang an dazu. Wenn Kinder mit und ohne Behinderung in KiTas zusammenkommen, können sie zusammen spielen und voneinander lernen. Das fördert die Inklusion, also die aktive Beteiligung aller Kinder in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Viel geschafft – aber längst noch nicht am Ziel

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits 2004 den Grundstein dafür gelegt, dass in Deutschland endlich ein ausreichendes und gutes Angebot an Kinderbetreuung geschaffen wird. Das war ein erster wichtiger Schritt. Im Sommer 2007 wurde dann beschlossen, dass sich der Bund dauerhaft an den Kosten des Betreuungsangebots beteiligt.



Und damit auch jedes Kind die Möglichkeit hat, einen KiTa-Platz zu bekommen, haben wir mit dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) den Rechtsanspruch durchgesetzt. Er wird ab 2013 für alle Eltern von Kindern ab dem ersten Geburtstag gelten. Länder und Kommunen können den Rechtsanspruch nur umsetzen, wenn sie genügend Plätze schaffen. Damit das klappt, bekommen sie schon seit 2008 jährlich eine kräftige finanzielle Unterstützung vom Bund.

Obwohl immer mehr Kinder unter drei Jahren eine KiTa besuchen (2009: Betreuungsquote von 20 Prozent, 2008: 18 Prozent), sind wir noch lange nicht am Ziel. Wir brauchen noch mehr Betreuungsplätze, mehr Qualität und mehr Erzieherinnen und Erzieher. Das machen wir in einem Antrag, den wir in den Deutschen Bundestag eingebracht haben, deutlich (Drucksache 17/1973).

Die SPD-Bundestagsfraktion will einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz zunächst für Alleinerziehende und langfristig für alle Eltern durchsetzen. So wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende und Paare mit Kindern deutlich verbessern.

Damit Bildung von Anfang an allen Kindern unabhängig vom Geldbeutel und von der Herkunft der Eltern zugänglich ist, fordert die SPD gebührenfreie Kinderbetreuung. Sozialdemokratisch regierte Bundesländer zeigen, wie es geht. In Berlin werden KiTas für Kinder ab drei Jahren schrittweise von Gebühren befreit. Und Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland die Gebührenfreiheit für den kompletten Kindergartenbesuch beschlossen.

Ausbau der Bildung und Betreuung – auch in Krisenzeiten!

Der bedarfsgerechte Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung gelingt nur mit handlungsfähigen Kommunen. Doch viele Kommunen sind in eine finanzielle Schieflage geraten: Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, durch wegbrechende Steuereinnahmen und nicht zuletzt durch die Steuerpolitik von CDU, CSU und FDP. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung führt allein bei den Kommunen zu Einnahmefällen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro jährlich. Die Kommunen sind in Not, daher brauchen sie mehr Unterstützung.

Mehr Unterstützung brauchen sie vor allem, um die frühkindliche Bildung weiter auszubauen und den Rechtsanspruch ab 2013 umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher einen nationalen Bildungspakt, mit dem Bund und Länder den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung voranbringen sollen. Der Staat darf auch in Krisenzeiten nicht an der Bildung sparen, sondern muss ganz im Gegenteil mehr in Bildung investieren! Vor allem die CDU-Bundesfamilienministerin muss endlich handeln, damit Angebote der frühkindlichen Bildung heute und morgen ausgebaut und verbessert werden.

Wir fordern

- ein klares Ja der Bundesregierung zur Steigerung der Ausgaben für Bildung - auch für frühkindliche Bildung. Das 2008 gegebene Versprechen, bis 2015 mindestens gesamtstaatlich zehn Prozent für Bildung und Forschung aufwenden zu wollen, wartet weiter auf seine Einlösung;
- einen „Rettungsschirm für Kommunen“, um die Kommunalfinanzen zu verbessern. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss die durch ihre Steuerpolitik verursachten Einnahmefälle der Kommunen vollständig kompensieren;
- einen „Bildungs-Soli“ auf den Spitzensteuersatz, damit hohe Einkommen stärker als bisher an Investitionen in Bildung und Forschung in unserem Land beteiligt werden;
- ein klares Nein zum Betreuungsgeld, das eine milliarden-schwere Fehlinvestition wäre. Denn es würde falsche Anreize schaffen, indem es den Verzicht auf frühkindliche Bildungsangebote fördert. Chancengleichheit würde dadurch verhindert und der Ausbau der frühkindlichen Infrastruktur konterkariert. Schwarz-Gelb hält aber weiterhin am unsinnigen Betreuungsgeld fest.



Der bedarfsgerechte Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung gelingt nur mit handlungsfähigen Kommunen.

Bildung von Anfang an heißt Qualität von Anfang an

Damit Kinder von Anfang an optimal gefördert werden, brauchen wir gute Rahmenbedingungen in KiTas. Die Einführung von Bildungsplänen für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in allen Bundesländern war ein wichtiger Schritt, um die Qualität zu steigern.

Vor allem die SPD-geführten Länder haben die Nase vorn beim Ausbau der Qualität. Doch nicht überall finden Eltern und Kinder gleich gute Angebote der frühkindlichen Bildung vor. Deswegen fordert die SPD-Bundestagsfraktion in weiteren Schritten:

- eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten, damit Kinder individuell und bedarfsgerecht gefördert werden;
- enge Kooperationen zwischen KiTas und Grundschulen, damit der Übergang zwischen den ersten beiden Bildungsinstitutionen für Kinder gelingen kann;
- den Ausbau von KiTas zu Eltern-Kind-Zentren, denn so können viele Eltern leichter mit Angeboten der Eltern- und Familienbildung erreicht werden. Es ist wichtig, die Erziehungs- und Familienkompetenz von Eltern so früh wie möglich zu stärken, damit es Familien gut geht;
- mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder in KiTas, denn Kinder haben Rechte, Interessen und Bedürfnisse. Wenn Kinder in ihrem Umfeld beteiligt werden, lernen sie frühzeitig wichtige Prinzipien der Demokratie kennen;
- eine Verbesserung der Qualität in der Kindertagespflege. Dies kann beispielsweise durch die Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Tagespflegepersonen und durch die Kooperationen von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege erreicht werden.



Wir brauchen mehr männliche Erzieher, denn nur etwa 3 Prozent Männer sind in diesem Berufsfeld beschäftigt.

Für eine Fachkräfte-Offensive

Erzieherinnen und Erzieher sowie andere pädagogische Fachkräfte leisten Wertvolles für Kinder und für unsere Gesellschaft. Kinder bestmöglich zu fördern setzt eine ausreichende Zahl an qualifizierten Fachkräften voraus. Doch es droht ein Fachkräftemangel: Bis 2013 fehlen mindestens 40.000 Erzieherinnen und Erzieher.

Wir brauchen dringend eine Fachkräfte-Offensive für den Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion,

- die Aus-, Fort- und Weiterbildung, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen und Erziehern zu verbessern;
- eine bessere Entlohnung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Tagespflegepersonen;
- mehr männliche Erzieher, denn nur etwa 3 Prozent Männer sind in diesem Berufsfeld beschäftigt;
- eine unbürokratische Sofortvermittlung von arbeitssuchenden und arbeitslosen Erzieherinnen und Erziehern in offene Stellen.

Eltern und Kinder unterstützen - gerade auch in Krisenzeiten

Die SPD-Bundestagsfraktion sagt klar: In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise darf es nicht nur um Rettungspakete für Banken, Märkte und Währungen gehen. Der Staat muss gerade jetzt Eltern und Kinder mit allen Kräften fördern und unterstützen. Es ist ungerecht, dass CDU/CSU und FDP u.a. Familien die Lasten der Krise aufbürden wollen.

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. Er ist wichtig, um die bedarfsgerechte Förderung von Kindern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Armutsprävention zu verbessern. Eltern und Kinder haben ein Recht auf frühkindliche Bildung und Betreuung – heute und in der Zukunft.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT: NICOLE GROB

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS ©: KLAUS VYHNALEK (TITEL), DRAGON3D - PHOTOCASE.COM (S. 6/7), NYUL - ISTOCKPHOTO.COM (S. 2), DAMIR CUDIC - ISTOCKPHOTO.COM (S. 4)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Gute Bildung und Betreuung von Anfang an

Kinder haben ein Recht darauf

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

